

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

169. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 14. April 2005

Tagesordnungspunkt 6:

- a) Antrag der Abgeordneten Dr. Rolf Mützenich, Uta Zapf, Gernot Erler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Alexander Bonde, Marianne Tritzi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **Verbreitung der Kernwaffen verhindern und die nukleare Abrüstung stärken – Die Überprüfungskonferenz 2005 des Atomwaffensperrvertrags (NVV) zum Erfolg führen** (Drucksache 15/5254)

.....
15845 B

- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2003)** (Drucksachen 15/3167, 15/5143)

15845 C

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 7:

Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Harald Leibrecht, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Glaubwürdigkeit des nuklearen Nichtverbreitungsregimes stärken – US-Nuklearwaffen aus Deutschland abziehen** (Drucksache 15/5257)

15845 C

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung:

- **Antrag: Verbreitung der Kernwaffen verhindern und die nukleare Abrüstung stärken – Die Überprüfungskonferenz 2005 des Atomwaffensperrvertrags (NVV) zum Erfolg führen**
- **Beschlussempfehlung und Bericht: Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2003)**
- **Antrag: Glaubwürdigkeit des nuklearen Nichtverbreitungsregimes stärken – US-Nuklearwaffen aus Deutschland abziehen**

(Tagesordnungspunkt 6 a und b, Zusatztagesordnungspunkt 7)

Petra Pau (fraktionslos): Der Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2003 belegt: Der angestrebte weltweite Abrüstungsprozess stockt. Er droht sogar zu scheitern. Das betrifft

besonders die Abrüstung bei Nuklearwaffen. Mehr noch: Neue Runden atomaren Wettrüstens wurden eröffnet und die Gefahr wächst, dass weitere Staaten und Organisationen in den Besitz dieser Massenvernichtungswaffen gelangen. Anfang der 80er-Jahre des vorigen Jahrhunderts gab es ernsthafte Bestrebungen, die Erde bis zur Jahrhundertwende von Atomwaffen zu befreien. Davon sind wir weiter entfernt denn je und das ist bedrohlich.

Nicht nur die PDS meint: Die Hauptschuld an dieser Entwicklung haben die großen Militärmächte Großbritannien, Frankreich, Russland, vor allem aber die USA, die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie blockieren die Abrüstung, sie beanspruchen ein Atommonopol und sie drehen an der Rüstungsspirale. So lange das so ist, so lange sind auch alle Verzichtsappelle an andere Staaten zwielichtig und unehrlich. Deshalb reicht es auch nicht, mit dem Iran zu verhandeln oder Nordkorea zu drohen. Die nukleare Gefahr steckt inmitten der NATO.

Wir begehen in wenigen Tagen den 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Das war zugleich das Ende des Zweiten Weltkrieges – in Europa; in Asien ging er noch weiter. Vor 60 Jahren, im August 1945, wurden die ersten Atombomben über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Sie brachten hunderttausendfachen Tod und anhaltendes Leid.

Der Bürgermeister von Hiroshima hat eine internationale Städte-Initiative „Vision 2020“ angeregt. Sie soll in einem „Völkergipfel“ in New York münden, den Druck für unverzügliche Abrüstungsverhandlungen verstärken, sodass die Welt spätestens 2020 frei von Nuklearwaffen wird. 215 deutsche Städte haben sich der Initiative bereits angeschlossen, darunter auch Berlin und mein Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf. Es wäre hilfreich, wenn der Bundestag, wenn die Bundesregierung weitere Städte ermutigt, daran teilzunehmen. Die PDS tut es jedenfalls.